Senioren Vertretung Bremen

# DURCHBLICK

für Seniorinnen und Senioren

Nr. 239

Dezember 2019

## Editorial und folgende Artikel: Die Probleme in der Pflege

Ob im Krankenhaus oder im Altenheim, die Pflege ist ein Dauerthema. Wie kann bei der demografischen Entwicklung den jetzigen und zukünftigen Bedarfen begegnet werden? Wie wird die generalisierte Ausbildung in der Pflege ab 2020 das Bild verändern? Was kann, was muss geschehen, damit wir den jetzigen und zukünftigen Anforderungen begegnen können?

ab Seite 2

## Reminiszenz an den Vormonat November von Bernd Gosau

Der November, ein dunkler Monat mit schweren Gedenk- und Trauertagen. Zum ersten Advent hält dann Lichterglanz Eingang in unsere Stuben und in unsere Umwelt und steigert sich bis zum Weihnachtsfest.

Seite 4

*(c)Dirk Mittermeier*

## Ergebnisse der Neuwahlen für den Vorstand der SeniorenVertretung (SenV)

Die Verlegung der konstituierenden Delegiertenversammlung für die Legislaturperiode 2019 bis 2023 von Ende Oktober auf den 26. November war notwendig geworden, da einige Beiratsgebiete und Deputationen ihre Vertreter für die DV bis zum ursprünglich geplanten Termin nicht melden konnten. Der neue Vorstand der SenV wurde gewählt, hier sind die Ergebnisse.

***Das Redaktionsteam des „Durchblick“ dankt Ihnen für Ihre Lesertreue. Wir wünschen Ihnen ein friedvolles Fest und für das Neue Jahr Gesundheit, Zufriedenheit und Glück. Denn ohne Glück geht es nicht: Denken Sie an die Passagiere an Bord der Titanic: Sie waren alle gesund und zufrieden, hatten nur das Pech, dass ihnen ein Eisberg in die Quere kam...***

## UN Konvention „Die Rechte von älteren Menschen“

Die UN erarbeitet zurzeit eine Beschreibung der Rechte älterer Menschen, international und juristisch fundiert. Es geht um die Grundlagen für einen menschenwürdigen Pflegestandard, Maßnahmen zur Ausgestaltung der Rechte bei der Langzeit- und Palliativpflege sowie auf Unabhängigkeit im Alter.

Seite 5

## Rechtspflege und Betreuung

Besuch vom Betreuungsgericht: Rechtspfleger *Stefan Klasen* und *Angelina Ganter*, Rechtspfleger-Anwärterin, zu Gast in der Vorstandssitzung der SenV. Beide berichten über die Arbeit für zur Zeit circa 6500 Betreuungen in Bremen, über den Betreuungsumfang, allumfassend oder beschränkt auf bestimmte festgelegte Bereiche

Seite 6

**Inhalt**

| | |
|---|---|
| **Editorial und Artikel zur Pflege** | **ab Seite 2** |
| **Zwischenruf** | **Seite 3** |
| **Einsamkeiten** | **Seite 4** |
| **Seniorenforum** | **ab Seite 7** |
| **Impressum** | **Seite 8** |
| **Seiten in türkischer Sprache** | **ab Seite 9** |

## Editorial: Pflegenotstand

*Dr. Dirk Mittermeier*

Eine der bedrückendsten Dauer-Baustellen in unserem Gemeinwesen ist der Bereich der Pflege. Personalprobleme ohne absehbares Ende im *gesamten Pflegebereich* (...Krankenhäuser versuchen sich inzwischen durch Bonuszahlungen in fünfstelliger Höhe personelle Vorteile gegenüber der Konkurrenz zu verschaffen...); auch speziell in der *Altenpflege* sind die Knackpunkte vielfältig: die stetige Zunahme des Eigenanteils an den Pflegekosten für die zu Pflegenden (Umlegung von Investitionskosten und Ausbildungskosten auf die Betroffenen...), die ausstehende Reform der Pflegeversicherung, Qualitätsprobleme; für den Berufsstand: fehlende Tarifbindung, hohe Arbeitsbelastung, schlechte Bezahlung, Ausbildung weit unter Bedarf und vieles mehr.

Völlig klar, dass sich besonders diejenigen Sorgen machen, die jetzt oder in absehbarer Zeit mit der Möglichkeit einer Pflegesituation rechnen müssen, **letztlich wir alle!** Erschwerend kommt noch hinzu, dass zentral in Berlin an gesetzlichen Stellschrauben gedreht wird, die Bundesländer dies umsetzen und eigene gesetzliche Regelungen finden müssen, um den regionalen kommunalen Besonderheiten gerecht zu werden.

Die *SeniorenVertretung Bremen* hat verschiedentlich auf aktuelle Probleme in Bremen hingewiesen, grundlegende Probleme und Probleme, die teilweise nur kleine, aber spürbare Teilaspekte des Pflegebereichs betreffen. Wir haben aber auch die große politische Linie eingefordert, die wir manchmal im Handeln der Verantwortlichen nicht zu erkennen vermochten. Dabei muss nicht schlechtgeredet werden, was gut ist und funktioniert. Aber es muss erlaubt sein, alle Schwachstellen offen anzusprechen. Das werden wir auch weiterhin tun! Sie finden in dieser letzten Ausgabe dieses Jahres einige Artikel, die sich mit Aspekten des Themas Pflege beschäftigen. Eine Diskussion ist erwünscht!

Das Thema Pflege wird uns, vielleicht mit notwendigen grundsätzlichen Veränderungen, während der kommenden Legislaturperiode mit Sicherheit begleiten.

## Pflege durch Angehörige aufwerten!

Mehr als die Hälfte der Pflegebedürftigen in Deutschland wird allein durch Angehörige betreut, versorgt und gepflegt. Viele pflegende Angehörige sind berufstätig und benötigen Unterstützung, um Beruf und Pflege vereinbaren zu können. Die BAGSO fordert für sie eine Pflegezeit analog zur Elternzeit. Ein „Pflegegeld“ als Lohnersatz für Menschen, die ihre Angehörigen pflegen, findet große Zustimmung in der Bevölkerung. Ähnlich wie Eltern beim Elterngeld würden berufstätige pflegende Angehörige einen Anspruch auf ein Pflegegeld erhalten.

Die breite Zustimmung in der Gesellschaft hat eine wissenschaftliche Untersuchung der Universität Köln gezeigt. Die Kölner Ethikerin *Professorin Dr. Christiane Woopen* zu den Ergebnissen: „Lohnersatzleistungen für pflegende Angehörige können gesellschaftliche Wertschätzung ausdrücken und zusammen mit professioneller Unterstützung eine breitere Pflegebereitschaft fördern. Besonders Frauen würden davon profitieren, da sie noch immer den Großteil der Pflege leisten und dadurch in Einkommen und Rente benachteiligt werden.“ Ein Umdenken sei zudem in der gesundheitlichen Prävention notwendig: Diese müsse künftig auch hochaltrige sowie mehrfach und chronisch erkrankte Menschen einbeziehen. Ziel von Prävention ist dann nicht mehr Krankheitsvermeidung, sondern der möglichst lange Erhalt der Selbstständigkeit.

Um der Forderung mehr Gewicht zu verleihen, stellt die BAGSO auf dem Deutschen Evangeli-

schen Kirchentag die Resolution „Pflegezeit analog zur Elternzeit: Lohnersatzleistung für berufstätige pflegende Angehörige“ zur Abstimmung.

Quelle: Pressemitteilung der BAGSO

## Mehr Auszubildende in der Pflege

Ministerin Giffey startet bundesweite Kampagne

Um den Fachkräftebedarf in der Pflege in Zukunft decken zu können, hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die *„Ausbildungsoffensive Pflege“* ins Leben gerufen. Heute nun startete Bundesministerin Dr. Franziska Giffey die dazu gehörige bundesweite Informations- und Öffentlichkeitskampagne „Mach Karriere als Mensch!“. Diese begleitet den Beginn der neuen Pflegeausbildungen nach dem Pflegeberufegesetz ab Anfang 2020.

*Ministerin Giffey*: „Pflege ist ein Zukunftsberuf. Die neue Ausbildung hat viele Vorteile und Chancen. Darauf wollen wir mit der Kampagne aufmerksam machen. Die Motive sind modern und auffällig und sollen vor allem Jugendliche erreichen, die gerade in der Berufsorientierungsphase sind. Ansprechen wollen wir aber genauso Menschen mit dem Wunsch nach beruflicher Neuorientierung. Durch das neue Pflegeberufegesetz ab 2020 wird der Pflegeberuf noch attraktiver: Endlich wird das Schulgeld abgeschafft und überall in Deutschland eine angemessene Ausbildungsvergütung sichergestellt. Mit der generalistischen Ausbildung können die Fachkräfte dann in allen Pflegebereichen von der Kinderkrankenpflege bis zur Altenpflege arbeiten.“

Durch die Reform der Pflegeberufe wird die Ausbildung zur Pflegefachperson in Deutschland modernisiert und attraktiver gemacht sowie der Berufsbereich der Pflege insgesamt aufgewertet. Das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gemeinsam mit dem Bundesministerium für Gesundheit vorbereitete und im Juli 2017 verkündete Pflegeberufe-Reformgesetz schafft den Rahmen für den Start der neuen Pflegeausbildungen ab Anfang 2020.
Quelle Pressemitteilung des Bundesfamilienministeriums vom 22.10.2019

## Zwischenruf: Die neue Ausbildung als Chance für mehr Pflegekräfte nutzen!

*Dr. Karl Bronke*

Zum Jahresbeginn 2020 wird die Ausbildung in der Pflege durch Bundesgesetz neu geordnet: Die drei bisher getrennten Ausbildungsgänge zur Altenpflege, Krankenpflege und Kinderkrankenpflege werden zu einer neuen gemeinsamen Pflegeausbildung für alle Altersphasen. Damit wird dieses interessante und zukunftssichere Berufsfeld noch attraktiver: Die Zahl der zur Wahl stehenden Berufsfelder wird größer, die Ausbildungsabschlüsse werden EU-weit anerkannt, die Inhalte der Ausbildung werden neu geordnet, die Ausbildung wird aufgewertet. Schon jetzt bekommt man im ersten Lehrjahr eine Ausbildungsvergütung von mehr als 1.100 € – und man findet überall jederzeit einen Job, der Sinn macht und in dem man Menschen helfen kann. Damit diese neue Ausbildung dazu beiträgt, die Zahl der Fachkräfte in der Pflege zu erhöhen, müssen allerdings einige Voraussetzungen geschaffen werden:

- Die Anforderungen an die Ausbildungsbetriebe und die Pflegeschulen erhöhen sich deutlich. Die Kostenträger – Pflegekassen, Krankenkassen und öffentliche Hand – müssen dem durch deutlich höhere Zahlungen Rechnung tragen.
- Auch kleinen Betrieben muss es trotz der gestiegenen Anforderungen an die Ausbildung möglich sein, eine fachgerechte Ausbildung durchzuführen. Dazu sollten Ausbildungsverbünde gebildet werden.
- Die Arbeitgeber müssen auch die Arbeitsbedingungen *nach* der Ausbildung verbessern:

familiengerechte Dienstpläne, Fort- und Weiterbildung, bessere Personalausstattung und bessere Bezahlung nach flächendeckenden Tarifverträgen. Auch hier sind die Kostenträger gefordert. Dabei ist bei einer gemeinsamen Ausbildung selbstverständlich, dass die Verdienste in den Bereichen Gesundheit und Pflege angeglichen werden müssen.

Bei der jetzigen Konstruktion der Pflegeversicherung (feste Leistungshöhe, die auch jetzt schon nicht alle Kosten abdeckt) würden die entstehenden Mehrkosten bei den Pflegebedürftigen und deren Angehörigen hängen bleiben. Das ist angesichts der schon jetzt hohen Eigenanteile nicht zumutbar. Daher ist eine Reform der Pflegeversicherung erforderlich – mit einer Begrenzung des Eigenanteils der Pflegebedürftigen auf eine feste Summe – oder besser als Vollversicherung, die alle Pflegekosten abdeckt.

***Dr. Karl Bronke***

*ist Vorsitzender des Weser Bildungs-Verbundes Gesundheit und Pflege, in dem sich Pflegedienste, Heime, Krankenhäuser, die Hochschule Bremen, Pflegeschulen und andere in der Pflegeausbildung tätige Träger im Raum Bremen/Bremerhaven organisieren.*

## Bremer Bachelor-Studiengang am Start!

*Elke Scharff*

Am 21.10. 2019 startete der *„Internationale Studiengang Pflege“* an der Hochschule Bremen mit 22 Studierenden (Ziel: 40). Er ist der erste seiner Art bundesweit, der nach dem neuen Pflegeberufegesetz akkreditiert wurde. Leiter des Studiengangs ist Professor *Matthias Zündel*.

Die Absolventen erwerben nach acht Semestern nicht nur einen praxisorientierten Bachelor-Abschluss sondern auch ein Staatsexamen als Pflegefachkraft. Sie können damit zum Beispiel in Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern arbeiten. Im ersten Semester wird die Arbeit mit alten Menschen im Vordergrund stehen durch den Praxisanteil Geriatrie und stationäre Langzeitpflege.

Die Versorgung von Pflegebedürftigen wird dadurch verbessert. Im Ausland ist die Ausbildung von Pfleger*innen an Hochschulen selbstverständlicher. Wissenschaftsstaatsrat *Tim Cordßen* wies darauf hin, dass diese Pflegekräfte dringend benötigt werden. Der Start dieses Studiengangs ist ein weiterer Schritt in Richtung „Gesundheitscampus Bremen“ und ein wichtiger Beitrag für den regionalen Pflege- und Gesundheitssektor.

## Aus dem Landespflegeausschuss (LPA)

*Elke Scharff*

Pflegenotaufnahme: Aufgrund des Beschlusses des LPA vom 8.3.2019 wurde das Konzept einer Pflege(not)aufnahme für das Land Bremen vorgestellt und diskutiert.

Die AG Pflegenotaufnahme erhielt nun den Auftrag, ein Umsetzungskonzept zu entwickeln. Die Federführung und die Geschäftsführung sind noch zu klären. Die Einladung zur ersten Sitzung der AG übernimmt die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport.

## Einsamkeiten - Reminiszenz an den Vormonat November

*Bernd Gosau*

Ein- und gemeinsam –geht das auch? Gemeinsam mit sich? Ist man da allein? Traurig, nachsinnend, erinnernd?

Der November, schon nicht mehr Herbst, noch nicht Winter. „Seltsam, im Nebel zu wandern“, sagt *Hermann Hesse*, und „Leben ist Einsamsein“. Allerheiligen, Allerseelen, Volkstrauertag, Buß- und Bettag, Totensonntag – und dann der 1. Advent! Feiertage für alle Heiligen, für die Seelen aller, die vor uns gelebt haben, erinnert von uns, die wir heute leben und in der Zukunft leben werden, bis auch wir Erinnerung sind. Und die Trauer bettet die Einsamen ein in eine

Welt, der sie nicht entrinnen können. Ist das nicht seltsam, eigenartig, vom Üblichen abweichend, wie das für jeden von uns gilt? Erinnert der November nicht auch an die strahlenden Sommertage im August? „Einsamer nie als im August“, sagt Gottfried Benn. Und unter dem Schnee sind die Samen geschützt für die kommende Blütenpracht. Und macht nicht die Nähe des Todes das Alter weise für das Leben?

So wandelt es sich unter dem Horizont und das Alleinsein wird zu einem Durchgang.

## Erster Bericht über die konstituierende Delegiertenversammlung (DV) der SeniorenVertretung in der Stadtgemeinde Bremen am 26. November 2019

*Gerd Feller und Dr. Dirk Mittermeier*

Die Verlegung der konstituierenden Delegiertenversammlung für die Legislaturperiode 2019 bis 2023 war notwendig geworden, da einige Beiratsgebiete und Deputationen ihre Vertreter für die DV bis zum ursprünglich geplanten Termin nicht melden konnten.
Die neu formierte DV tagte im Konsul-Hackfeld-Haus, 88 Delegierte sieht das neue Statut der SenV vor, mit 68 teilnehmenden Delegierten war die Versammlung beschlussfähig.

Der neue Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

*Dr. Andreas Weichelt* als alter und neuer Vorsitzender,
*Karin Fricke* und *Dirk Schmidtmann* als Stellvertreter,
als Schriftführerin *Barbara Matuschewski*,
als Rechnungsführerin *Anna Möller*,
als Beisitzer *Ekkehard Grimm, Elke Scharff und Dietmar Stadler*, als Beisitzerin mit Migrationshintergrund *Zeynep Sümer*.

Als Arbeitskreise wurden zunächst beschlossen der „AK Gesundheit und Pflege“, „AK Bauen, Wohnen, Verkehr und Umwelt“ und „AK Seniorenpolitik, Soziales und Beiräte“. In zwei Initiativanträgen fordert die Delegiertenversammlung einen Sitz der SenV in der Deputation „Mobilität, Bau und Stadtentwicklung“ (MoBS) und regt in einem zweiten Antrag an, auch für Bremen einen „autofreien“ Samstag mit freier Fahrt im ÖPNV nach dem Vorbild Hannovers noch vor Weihnachten zu planen.

In der ersten Vorstandssitzung am 27.11. wurde *Dr. Dirk Mittermeier* einstimmig als Mediensprecher der SeniorenVertretung in der Stadtgemeinde Bremen in seinem Amt bestätigt.

***HINWEIS:***
Liebe Leser*innen, die jeweils aktuelle Ausgabe des „Durchblick“ (DB) finden Sie auch auf unserem Internet-Blog „SeniorenLotse“ unter https://seniorenlotse.bremen.de/durchblick-archiv . Zusätzlich sind hier alle Ausgaben des DB der letzten fünf Jahre gespeichert und abrufbar. Hier ist auch umfangreicheres Hintergrundmaterial zu verschiedenen Themen hinterlegt.

## UN Konvention „Die Rechte von älteren Menschen“

*Dr. Andreas Weichelt*

Analog zur UN-Konvention für behinderte Menschen ist zurzeit eine Konvention für die Rechte Älterer in internationaler Vorbereitung. Weil ältere Menschen in bestehenden Menschenrechts-Schutzsystem bislang kaum Berücksichtigung finden, hat die UN-Generalversammlung 2010 auf Betreiben von Argentinien und Brasilien mit einer Resolution eine Arbeitsgruppe zur Stärkung der Menschenrechte Älterer ins Leben gerufen.

Zunächst jedoch einige Anmerkungen zu bereits vorhandenen UN-Konventionen zu Rechten von Behinderten. Diese Konvention wurde 2006 beschlossen und ist seit 2008 in Kraft. Sie wurde durch einen internationalen Austausch bei Arbeitstagungen, Kongressen, Kommissionen und Arbeitsgruppen relativ schnell erarbeitet und umfasst über 150 Seiten und leuchtet alle Behindertenrechtlichen Aspekte umfassend aus. Die Schwierigkeiten lagen im Begriff des Rechts. Denn sollten Rechte für Behinderte abgeleitet werden, mussten umfangreiche Aspekte aller einzelnen Länder berücksichtigt werden. Eine Mammut-Aufgabe die erfolgreich zum Abschluss gebracht wurde.

Ähnliche Schwierigkeiten ergeben sich im Arbeitsablauf und in der Erarbeitung für den Versuch, die Rechte Älterer international zu beschreiben und möglicherweise juristisch zu fundieren. Hierbei geht es unter anderem um die Grundlagen für einen menschenwürdigen Pflegestandard. Dazu gab es Fachgespräche zwischen dem Deutschen Institut für Menschenrechte und dem polnischen Kommissar für Menschenrechte am 22.01.2019 in Berlin. Ziel dieser gemeinsamen Arbeit ist die Stärkung des internationalen Schutzes der Menschenrechte Älterer. Die Teilnehmer*innen diskutierten über Herausforderungen, Schlüsselelemente sowie notwendige Maßnahmen zur Ausgestaltung der Rechte bei der Langzeit- und Palliativpflege sowie auf Unabhängigkeit im Alter. Die Verständigung erfolgte in zehn Eckpunkten und soll in die Konvention einfließen. Weitere Rechte beziehen sich zum Beispiel auf freie Entscheidungen im Alltag, Teilhabe an der Gesellschaft und auf finanzielle Selbstständigkeit. Staatliche Maßnahmen zur Erreichung der Ziele sind dringend erforderlich, ebenso die Einführung von Beschwerde-Mechanismen.
Dazu Dr. Jürgen Stein vom Diakonischen Werk Bremen: „Über die letzte Tagung der Arbeitsgruppe (wahrscheinlich die 9. Internationale Sitzung) hat die BAGSO kürzlich einen Bericht abgegeben. Dabei wird erklärt, welche weiteren Punkte aufgenommen werden können, und ob eine Einigung bezüglich einer abschließenden Konkretisierung kurzfristig erzielt werden kann. Als löbliches Beispiel dient eine dazugehörige Afrikanische Charta, in der Rechte und Pflichten Älterer übersichtlich aufgeführt wurden“.

Es ist festzustellen, dass bei der jetzt zu erarbeitenden Konvention nicht mit der erforderlichen schnellen Durchschlagskraft gearbeitet wird. Dies steht deutlich im Gegensatz der schnellen Erarbeitung der UN-Behinderten-Konvention. Die Seniorenvertretung Bremen hofft auf ein baldiges positives Ergebnis für die neue Konvention der Rechte Älterer. Wir werden an diesem Thema dranbleiben.

2. und 3. v.l. Angelika Ganter und Stefan Klasen

## Rechtspflege und Betreuung

*Dr. Dirk Mittermeier*

In seiner Sitzung am 30.10. konnte der Vorstand der Senioren-Vertretung Bremen *Stefan Klasen* und *Angelina Ganter*, Rechtspfleger, bzw. Rechtspfleger-Anwärterin beim Betreuungsgericht Bremen, als Gäste begrüßen. Der Beruf Rechtspfleger*in ist bundesweit als dreijährige duale akademische Ausbildung geregelt, die universitäre Ausbildung für Bremen findet im niedersächsischen Hildesheim statt und wird in der Hauptsache von weiblichen Absolventen besucht. Der Bedarf an Nachwuchs ist da: Pro Ausbildungsjahr werden 5–7 Absolventen als geprüfte Rechtspfleger fertig, für 2019 sind 15 angehende Anwärter angetreten. Es sind zur Zeit ca. 6500 Betreuungen beim Betreuungsgericht registriert, monatlich können 100 neue Fälle dazu kommen. Die Betreuung wird nach Aussagen von *Stefan Klasen* zu etwa 50% von Angehörigen, zu 50% von bestellten Personen betreut, wobei vom Betreuungsgericht einer familiären Betreuung der Vorrang eingeräumt wird.

Betreuung wird auf formlosen Antrag, besser gesagt auf Anregung vom Betreuungsgericht veranlasst. Als Betreuer kommen Angehörige, freiwillig tätige Personen, Anwälte oder Sozialarbeiter infrage, die diese Aufgabe entweder ehrenamtlich oder gegen eine Pauschale wahrnehmen. Der Betreuungsumfang mit einem entsprechenden Handlungsspielraum kann entweder als Generalvollmacht allumfassend sein oder sich auf bestimmte festgelegte Bereiche beschränken, zum Beispiel Gesundheitsfürsorge, Vermögensfürsorge, Finanzfürsorge oder Aufenthaltsfürsorge. Er kann sich auch auf bestimmte konkrete Aufgaben beziehen, zum Beispiel den Verkauf eines Hauses für einen zu Betreuenden. Grund für eine Betreuung ist stets ein Krankheitshintergrund, zum Beispiel fortgeschrittene Demenz, Zustand nach Schlaganfall oder Unfall, eine psychische Erkrankung oder Suchterkrankung. Eine Betreuung kann dabei vorübergehend oder dauerhaft eingerichtet sein und wird nach einem festen Zeitraum richterlich erneut überprüft.

# Seniorenforum

## Ablösung des Verkehrsministers ist überfällig!

*Bundesminister Scheuer* redet zwar viel davon, was er tun möchte, will, könnte, sollte und müsste, setzt jedoch nur wenig davon um. Und nicht nur das! Er verschleudert viele Millionen Euro durch unüberlegtes, überstürztes Handeln wie das Unterschreiben fragwürdiger Verträge für die Infrastruktur einer rechtswidrigen Maut und hinterlässt mit dem TV-Transparenztheater der „50 Aktenordner zur Sache“ den Eindruck, dass er die Öffentlichkeit veralbert.

Mit seriöser Politik hat das nichts mehr zu tun! Seine Leichtfertigkeit kostet Steuergelder, die sinnvoller u.a. für die vielen sozialen Baustellen im Land hätten eingesetzt werden können. Ich denke etwa an die Bewältigung der Altersarmut, des sozialen Wohnungsbaus oder der prekären Situation im Kranken- und Pflegebereich. Gerade im Letzteren nehmen Erlebnisse zu, die mit dem Recht auf Menschenwürde nicht mehr zu vereinbaren sind. Aktuelles Beispiel: Eine Wartezeit von 5 Stunden und gestresstes Personal bei der Aufnahme eines 96jährigen vom Facharzt eingewiesenen Patienten ist in unserem reichen Land nicht tolerierbar. Da muss sich die Politik nicht wundern, wenn Geldverschwendung à la Scheuer den Zorn der Steuerzahler/innen hervorruft und die Stimmung im Volk immer angespannter wird. Da ist auch von der Kanzlerin schnelleres Handeln gefordert, um den Dampf aus dem Kessel zu nehmen und zu verhindern, dass jegliches Vertrauen in die Verantwortungsfähigkeit und Kompetenz von Politikerinnen/Politikern verloren geht.
*Gerd Feller, Bremen*

Hinweis: Für Artikel, die wir unter der Rubrik ***„Seniorenforum“*** veröffentlichen, zeichnen ausschließlich die angegebenen Autoren als Verantwortliche.

**Wussten Sie eigentlich schon, dass ...**

...KFZ-Versicherer Zuschläge zur Kraftfahrtversicherung erheben, zum Beispiel einen **Alterszuschlag**, auf den vom Versicherer nicht hingewiesen wird? Ist aber so!

KFZ-Versicherer berechnen ab dem 60. Lebensjahr einen Zuschlag von ca. 8 % bei Senior*innen. Autobesitzer*innen über 80 Jahre, die 30 Jahre und länger überwiegend unfallfrei fahren, erhalten etwa 100 % als Zuschläge auf ihre Prämie, obwohl sie verkehrsgerecht mit dem PKW

unterwegs waren und sind.
Es ist bekannt, dass das Risiko der Versicherer bei verursachten Unfällen in der Rückstufung des Schadensfreiheitsrabattes individuell berücksichtigt wird. Hier stellt sich aber die Frage, warum dann ältere KFZ-Halter Zuschläge zur Prämie zahlen müssen, wenn sie seit vielen Jahre unfallfrei fahren. Die KFZ-Versicherer haben darauf bis heute keine plausible Antwort oder eine Begründung in ihren Allgemeinen Geschäftsbedingungen gegeben. Kann in diesem Fall von einer Altersdiskriminierung gesprochen werden?

*Rainer Schäffer*, Senior (73) aus Bremen und mit dem PKW seit über 35 Jahren unfallfrei unterwegs, hat dies geärgert und er hat sich gekümmert: Mit seiner Petition vom 15.9.2015 wird eine Änderung dieser ungerechten Sachlage für die ca. 9 Millionen KFZ-Halter*innen über 65 Jahren in Deutschland angestrebt. Der Petitionsausschuss teilte am 2. März 2019 mit, dass der Deutsche Bundestag die Petition beraten und am 21. Februar 2019 beschlossen hat, die Petition der Bundesregierung – Finanzministerium – zur Erwägung zu überweisen und den Fraktionen des Deutschen Bundestages zur Kenntnis geben wird. Die Antwort der Bundesregierung, übersandt vom Vorsitzenden des Petitionsausschusses, lag am 3. September 2019 vor.
Hier nur der wichtigste Punkt*: „Die KFZ-Versicherer müssen ihre Tarife so kalkulieren, dass es nicht zu einer Altersdiskriminierung kommt, die Bundesregierung stimmt dem Petitionsausschuss zu, dass die altersabhängige Tarifierung transparenter werden sollte.“*
Insofern war die Petition erfolgreich. Gleichwohl ist noch erhebliches Engagement erforderlich, damit diskriminierende Alterszuschläge der Vergangenheit angehören. Betroffen sind circa 9 Millionen Senior*innen mit PKW in Deutschland und geschätzte 90.000 PKW-Halter über 65 Jahren in Bremen (2017).

*Rainer Schäffer*: „Die Bundesanstalt für die Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) wurde vom Bundesfinanzministerium im Rahmen einer Initiative beauftragt weiter gehende Analysen und Untersuchungen durchführen, ob die Praxis der KFZ-Versicherer den Anforderungen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes entspricht. Anschließend wird der Petitionsausschuss unterrichtet. Sobald der Bericht vorliegt, gilt es, die Vorschläge genau zu prüfen, was von mir eingehend erfolgen wird. Meine große Sorge ist, dass die Verbraucherinteressen nicht genügend berücksichtigt werden, da bereits bei meinen Nachfragen die BaFin „mauert“, ob unabhängige Fachleute beteiligt sind.“

Und weiter: „Wichtig ist, dass die Seniorinnen und Senioren über diese Angelegenheit informiert werden. Die KFZ-Versicherer werden ihr Verhalten nur ändern, wenn eine wirksame Kontrolle durch die staatlichen Stellen endlich eingerichtet wird. Eine hilfreiche Veröffentlichung über das verdeckte Einsammeln von Zuschlägen zur KFZ-Prämie bei den Senior*innen, trägt dazu bei, dass die KFZ-Assekuranz bei ihren Kunden Vertrauen verliert. Ich selbst werde die Analysen und Untersuchungen der BaFin, sobald sie mir bekannt werden, kritisch untersuchen und die SeniorenVertretung Bremen entsprechend informieren.“
Wir bleiben dran!

*Dr. Dirk Mittermeier*

**Impressum**
Bremer Seniorenvertretung
Bahnhofsplatz 29, 28195 Bremen,
Tel.: (0421) 3 61 67 69
Seniorenvertretung@soziales.bremen.de
https:// seniorenlotse.bremen.de/
seniorenvertretung
**Redaktion DURCHBLICK**
Tel: (0421) 3 61 67 69
**E-Mail:** d.mittermeier@web.de
Der DURCHBLICK erscheint monatlich auch im Internet unter:
**https://seniorenlotse.bremen.de/**durchblick

## Bremen kardeş şehir İzmir‘i ziyaret etti

*Zeynep Sümer*

Tarihçesi M.Ö 3000 yıllarına kadar uzanan İzmir (eski Smyrna), Ege kıyısında, ortalama 4,5 milyonluk nüfusu ile Türkiye‘nin üçüncü büyük şehri.
Bremen gezisi Bremen-İzmir Kardeş Şehirleri Teşvik Derneği tarafından düzenlendi. 1996 yılında kurulan dernek amaç olarak, her iki şehir halkını yakınlaştırmak, aynı şekilde dernekler, girişimler ve kurumlar arası ilişkileri geliştirmek.

21.-28 Eylül 2019 tarihleri arası gerçekleştirilen gezi, gaye olarak farklı kültürel, sosyal, ekonomik projeleri yakından tanımak ve gelecekteki ilişkileri geliştirmek. Bu nedenle, Dernek Başkanı Barbara Wulff ve eşliğinde 14 kişilik heyetle çeşitli yerler ve kurumlar ziyaret edildi. Baş
Konsolos Dr. Rainer Lassig tarafından temsil edilen Alman Konsolosluğu ziyaret edildi. Türk- Alman ilişkileri, kültür eğitim, ekonomi konuları, Türkiye ve bilhassa İzmir‘deki güncel konular üzerinde konuşuldu. Heyet, Başkan Vekili Mustafa Özuslu tarafından kabul edildi ve gelecekte her iki şehir arasındaki kültürel ilişkiler konuşuldu.Bunun dışında: ,‘Meslek Fabrikası‘‘, Kardeş Kentler Parkı ve burada, ,‘Bremen Mızıkacıları‘‘ heykeli, ve akabinde bir gençlik projesinin tanıtıldığı buz sporları salonu ziyaret edildi.

Buca Sosyal Kampüsü ve Buca Huzur Evi ziyareti biz yaşlılar için enteresandı. Şu anda 323 yaşlının yaşadığı huzur evi için başvuru şartları, İzmirli olması, kendi iradesi ile başvuruda bulunması, demans veya ağır bir hastalığının bulunmaması ve 60 yaş üstü olması. Huzur evi ücretinin %25 ini sakinler kendileri ödüyor, geri kalan %75 lik kısmı ise yerel makamlarca karşılanıyor. Kendi geliri olmayan yaşlı sakinler bir katılım payı ödemek zorunda değiller,
burada tüm masraflar yerel makamlar tarafından karşılanıyor. Ayrıca geliri olmayan bu kişilere ayda 270.- TL özel harcamaları için veriliyor. Bakıcı elemanların 80 saatlik bir eğitim görmeleri gerekli bu eğitim sonunda kendilerine bir yeterlilik sertifikası verilmekte. Hemşirelerin meslek okulu mezunu olmaları gerekiyor. Huzur evi denetimi senede bir kez ilgili bakanlık ve yerel makamlarca yapılmakta. Huzur evi sakinleri için konser, sanatsal elişleri, yoga, müzik ve geziler gibi çeşitli çok yönlü boş zaman etkinlikleri var. Huzur evi için müracatlarda bekleme süresi hayli uzun, bazan yedi yıla kadar uzayabiliyor. Şu anda 90 yaşlı bekleme listesinde.

**(c)Gülsüm Tan**
*Mitte oben von links: Generalkonsul Dr. Rainer Lassig und Vizebürgermeister Mustafa Özuslu*

Bilhassa, yaşlılar için ulaşım alanındaki bir özellik dikkat çekici: 65 yaş üstü yaşlıların kamusal toplu taşıma araçlarını ücretsiz kullanabilmeleri. Diğer sosyal projelerin arasında aş evleri de bulunuyor, kısıtlı geliri olan
düşkünlere 365 gün sıcak yemek servisi yapılmakta .

Çok yönlü ziyaret Efes‘e yapılan bir gezi ile sona erdi.

Heyet, akşam yemeği davetinde gösterilen misafirperliğe teşekkür etti.

## Hala çok fazla belirsizlik var!

*Gerd Feller*

22.9.2019 tarihli Weser-Kurier‘de okunabildiği gibi, Hamburg ve diğer şehirlerde elektrikli scooter ile kazaların sayısı artıyor. Şehrimizde Scooter onayı dolayısıyle ,‘Bremen için 500 scooter‘‘ adlı makalede, kazalarda önemli rol oynayan bir eksiklik var : Sigorta nasıl düzenlenecek? Şehir bu soruyla şimdiye kadar ilgilenmedi mi?
Burada mesele özel hareketlilik yardımı değil, bilhassa araç sağlayıcısı Lime. 80 artı kuşağın bir yayası olarak, elektrikli scooterler ve kullananların sağlayıcı tarafından otomatik olarak sigortalanıp sigortalanmadığı veya genel olarak sadece kullanıcının kendisinin sigortalı olması durumunda bunun mümkün olup olmadığını bilmek istiyorum. Bunların herbiri dikkatlice kontrol edilebilirmiydi? Ayrıca, daha başında acil bir durumda sağlayıcı veya taşerona kolayca ulaşılacağını ve bunlardan biri tarafından etkilenen kişi için kazadan kaynaklanan formaliteleri yerine getireceğini, mevcut hasar telafi istemlerini zahmetsizce ve yasal ihtilaf olmadan üzerine almayı ve masraf geri ödemelerinin derhal yerine getirileceğinin garanti olduğunu bilmek istiyorum.
Makalede ayrıca, elektrikli scooterlerin yaya bölgelerini ne ölçüde kullanabilecekleri belirtilmemiştir. Yayalar olarak bisikletliler ile zaten yeteri işimiz var. Şayet buradaki belirsizlikler kaldığında, açık bir gereklilik belirtilmediği takdirde acil bir durum olması halinde makamlara karşı şikayette bulunmak zorunda kalacağımıza kendimizi hazırlamalıyız. Şayet kazalar sıklaşırsa, biz yaşlılar güvenlik nedeniyle şehir merkezinden uzak kalmalıyız. Biz yaşlılar için sağlılkı kalmak, sunulan teklifleri ile Bremen şehir merkezini ziyaretten daha önemli olmalı. Bremen‘de pek çok yaşlı yaşamakta ve sayıları artmakta, yaya bölgelerinde bisiklet ve scooter sürücüleri için daha fazla alan olursa, o zaman ama cidden bu istenirmi.
Es bleiben noch zu viele Unklarheiten! DURCHBLICK November 2019

### Domsheide‘de ulaşım hatlarının yeniden düzenlenmesi

*Dr. Dirk Mittermeier*

Eski Senato başlattı: Trafik düğüm noktası ,‘City Center‘‘ Domsheide‘de otobüs- ve tramvay yönlendirme ve durakların yeniden organizasyonu. Her gün, yedi otobüs ve tramvay arasında 13.000 yolcu değişimi oluyor.
Tahmin edebildiğiniz gibi: Planlama görevi çok sayıda gereksinim nedeniyle oldukça karmaşık. Bu arada 14 adede kadar planlama çeşidi geliştirildi, şu an bunlardan ikisi kısa listeye girdi ve şimdi daha ayrıntılı olarak belirlenecek. Bu iki değişik planlama, hedefleriyle büyük benzerlikler göstermekte: Her iki planlamada,

- durakların ve erişimlerin engelsiz genişletilmesi,
- gelecekte otobüslerin tramvay güzergahlarında gidecekleri ve aynı duraklarda duracakları öngörülüyor,
- Domsheide‘de yakın binalarda gürültünün ve titreşimin azaltılması isteği dikkate alınacak. Bu, teknik bir çözümle ,‘Masse-Feder-System‘‘ ile araştırılacak,
- temel olarak fark durakların düzeninde.

Ayrıca, kentsel alanın iyileştirilmesi ve yaya- ve bisikletli trafiği ile ilgili endişelere uygunluğunun dikkate alınmalı. Bunun ötesinde, Glocke konser operatörleri ve ziyaretçileri tramvay ve otobüslerin neden olduğu gürültü kirliliğini eleştiriyor. Aynı zamanda planlama sürecinde olası değişiklikler de dikkate alınmalı.

**Tercüme/Editör: Zeynep Sümer**
(Mit Unterstützung der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, Referat Integration